

KI-Populismus kennt keine Parteien

Trotz milliardenschwerer Lobbyarbeit wächst Widerstand gegen Einrichtungen für Künstliche Intelligenz. Populisten nutzen das quer zu den Lagern. Auch gegen andere Populisten. In den USA wie in Europa. Das eröffnet interessante Ein- und Aussichten.

Von Professor Dr. Andreas Busch

In Wolcott, Indiana, einem Ort mit kaum dreitausend Einwohnern, haben Bart und Amy Snyder ihr Leben lang republikanisch gewählt. Sie züchten Rinder, sie unterstützen Donald Trump, und bis vor Kurzem interessierten sie sich nicht sonderlich für Technologiepolitik. Dann erfuhren sie, dass dreihundert Meter von ihrem Hof entfernt ein Rechenzentrum entstehen sollte – eine Anlage, die vier Millionen Gallonen Wasser pro Tag aus dem lokalen Grundwasser pumpen würde, um die Server zu kühlen, auf denen Künstliche Intelligenz trainiert wird. Die Snyders klagten, organisierten eine Kampagne und sorgten dafür, dass drei Bezirkspolitiker, die das Projekt genehmigt hatten, bei der nächsten Wahl abgewählt wurden. „Mir ist egal, welcher Partei du angehörst“, sagte Bart Snyder der „New York Times“. „Wenn du gegen Rechenzentren bist, schließen wir uns zusammen.“

Dieser Satz fasst eine politische Entwicklung zusammen, die weit über Indiana hinausreicht und die das Potential hat, die KI-Politik der westlichen Demokratien grundlegend zu verändern. Denn die Snyders sind Teil einer wachsenden Bewegung gegen Künstliche Intelligenz, die eine bemerkenswerte Eigenschaft aufweist: Sie durchschneidet sämtliche Parteigrenzen.

Auf der einen Seite steht Steve Bannon, der rechte Chefstrategie Donald Trumps. Er deutet den KI-Widerstand als Ausdruck der „wachsenden Wut der Arbeiterklasse“, angetrieben durch mangelnde „Klarheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht“ der Technologiekonzerne. Auf der anderen Seite steht Bernie Sanders, der demokratische Senator aus Vermont und Ikone der amerikanischen Linken, der im Kongress eine „massive Debatte“ über die Auswirkungen Künstlicher Intelligenz fordert. Zwischen ihnen stehen evangelikale Pastoren in Texas, die sich nach Fällen von KI-gestützter Ehezerstörung organisieren; die ehemalige Tea-Party-Anführerin Amy Kremer, die heute eine konservative Anti-KI-Organisation namens „Humans First“ leitet und den Kampf gegen KI als „die Schlacht unseres Lebens“ bezeichnet; und ein wachsendes Netzwerk lokaler Gruppen der Organisation „PauseAI“, die innerhalb eines Jahres von fünf auf über dreißig aktive Gruppen in Städten der USA angewachsen ist.

Was diese heterogene Koalition zusammenhält, ist nicht Technologiefeindlichkeit. Es ist die Überzeugung, dass die Gewinne der KI-Revolution bei den – so die immer wiederkehrende Formulierung – „Superreichen“ des Silicon Valley landen. Die Kosten würden hingegen von der Mittel- und Arbeiterklasse getragen: steigende Energiepreise, belastete Wasserreserven, bedrohte Arbeitsplätze. Eine Umfrage der Quinnipiac University vom April 2026 zeigt, dass 55 Prozent der erwachsenen Amerikaner Künstliche Intelligenz inzwischen als eine Kraft betrachten, die eher schadet, als nützt. Die Technologiebranche hat ein Imageproblem – und es wird schlimmer.

Wer die KI-Politik in den Vereinigten Staaten verstehen will, muss sich von der Vorstellung verabschieden, dass Demokraten für und Republikaner gegen Regulierung seien – oder umgekehrt. Die Wirklichkeit ist komplizierter: In beiden Parteien verlaufen tiefe Risse. Die Republikaner sind in mindestens drei Lager gespalten. Das erste, verkörpert durch die Trump-Regierung und das Netzwerk des Technologie-Investors Peter Thiel, verfolgt eine aggressive Deregulierungsstrategie. David Sacks, Trumps Berater für KI und Kryptowährungen, ist ein langjähriger Thiel-Vertrauter; Vizepräsident J. D. Vance war einst bei Thiel Capital angestellt. Ihr „America's AI Action Plan“ vom Juli 2025 stellt Geschwindigkeit über Sicherheit und behandelt KI-Infrastruktur als Frage der nationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Das zweite Lager um Josh Hawley, Rand Paul und Marsha Blackburn vertritt einen wirtschaftspopulistischen Regulierungsansatz – angetrieben von Sorgen um Kindersicherheit, Arbeitsplatzverluste und die Macht der großen Technologiekonzerne. Hawley warnt seine Parteikollegen, der Senat verhalte sich, „als stünde an der Tür ein Schild: Eigentum von Big Tech“, und fordert sie auf, das Geld der KI-Lobbyisten zurückzuweisen. Das dritte Lager, vertreten durch Palantir-Chef Alex Karp und sein Manifest „The Technological Republic“, will mehr staatliche Macht – aber nicht im demokratischen, sondern im technokratischen Sinne: KI als Instrument der Landesverteidigung, Silicon Valley als Dienerin der Staatsraison. Diese drei Positionen – liberale Deregulierung, demokratischer Populismus, technokratischer Etatismus – lassen sich auf der konventionellen Links-rechts-Achse nicht abbilden.

Bei den Demokraten verläuft die Bruchlinie anders, aber nicht weniger scharf. Ein Flügel um Sanders und progressive Landespolitikerinnen wie Melanie Sachs in Maine dringt auf strenge Regulierung: Umweltschutz, Netzstabilität, Gemeinschaftskontrolle. Der andere Flügel, verkörpert durch Maines Gouverneurin Janet Mills, priorisiert wirtschaftliche Entwicklung für strukturschwache Gemeinden. Als das Parlament von Maine im April 2026 das erste Moratorium für einen Rechenzentrenbau in einem US-Bundesstaat verabschiedete, mit breiter parteiübergreifender Mehrheit, legte Mills ihr Veto ein. Nicht weil sie das Moratorium prinzipiell ablehnte – sie befürwortete es ausdrücklich. Sondern weil es keine Ausnahme für ein Rechenzentrumsprojekt in Jay enthielt, einer Kleinstadt, die seit der Schließung einer Papierfabrik im Jahr 2023 verzweifelt nach Arbeitgebern sucht. Die ehemalige Fabrik bietet industrielle Infrastruktur, die ein Rechenzentrum nutzen könnte: Strom, Wasser, erschlossenes Gelände.

„Das Jay-Projekt hat keine der negativen Eigenschaften der großen Projekte, die anderswo Probleme verursachen“, argumentierten die Bezirkskommissare. Mills, die als moderate Demokratin für den US-Senat kandidiert, riskierte mit ihrem Veto den Zorn der Parteibasis. Sie gab damit ihrem Vorwahlgegner Graham Platner – einem zum populistischen Star gewordenen Austernzüchter – Munition.

Der Fall Maine legt eine Spannung offen, die für die gesamte KI-Debatte strukturell bedeutsam ist: Die Gemeinden, die am ehesten gegen KI-Infrastruktur protestieren – wohlhabend, umweltbewusst, politisch organisiert –, sind andere als jene, die am meisten davon profitieren könnten – deindustrialisiert, wirtschaftlich verzweifelt, auf der Suche nach Arbeitgebern jeglicher Art. Eine Partei, die sich gleichermaßen dem Umweltschutz und der wirtschaftlichen Chancengleichheit verschrieben hat, kann zwischen beiden nicht einfach wählen. Wer diese Dynamik einordnen will, sollte ein Jahrzehnt zurückblicken. In der Handelspolitik der Zehnerjahre ereignete sich eine stille Revolution: Die parteiübergreifende Freihandelskoalition, die seit den Neunzigerjahren beide großen Parteien dominiert hatte, brach auseinander. Von links griffen Sanders und Elizabeth Warren NAFTA und das transpazifische Handelsabkommen TPP an – im Namen des Arbeitnehmerschutzes und gegen die Macht multinationaler Konzerne. Von rechts attackierten Trump und Bannon dieselben Abkommen – im Namen der nationalen Souveränität und der betrogenen Arbeiterklasse. Die wirtschaftsfreundlichen Flügel beider Parteien verteidigten den Freihandel, verloren aber an Boden. Das Ergebnis war eine populistische Konvergenz, die die amerikanische Handelspolitik grundlegend verschoß.

Die strukturellen Parallelen zur KI sind frappierend. Wie beim Freihandel argumentieren Linkspopulisten, dass die Technologie den Reichtum bei einer kleinen Elite konzentrierte, während die breite Bevölkerung die Kosten trage. Wie beim Freihandel sehen Rechtspopulisten einen Verrat der Eliten an der Arbeiterklasse. Wie beim Freihandel verteidigt der wirtschaftsfreundliche Mainstream die Deregulierung als Motor von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Und wie beim Freihandel gibt es eine geographische Dimension: Fabrik-schließungen im Rust Belt finden ihr Gegenstück in der Ansiedlung von Rechenzentren in ländlichen Gemeinden, die Wasser und Energie verbrauchen, ohne proportional Arbeitsplätze zu

schaffen. Sogar die föderale Spannung wiederholt sich: Die Bundesregierung in Washington droht, Bundesstaaten zu verklagen, die „belastende Regulierung“ gegen Rechenzentren erlassen – genau wie in früheren Konflikten um Fracking-Moratorien und Pipeline-Genehmigungen.

Die Lehre aus der Handelspolitik ist eindeutig: Wenn sich populistische Koalitionen einmal um distributive Beschwerden formiert haben, können sie politisch erstaunlich dauerhaft sein und

Zweitens besitzt die KI-Opposition eine handfeste Infrastrukturdimension, die der Handelsdebatte fehlte. Handelsdefizite sind abstrakt; Rechenzentren, die vier Millionen Gallonen Wasser (etwa 15 Millionen Liter) pro Tag aus dem Grundwasser pumpen, sind greifbar. Man kann ein Rechenzentrum sehen und dagegen protestieren, ein Handelsdefizit nicht. Diese Materialität macht die KI-Debatte lokal mobilisierungsfähig – und damit politisch gefährlicher für die Branche. Drittens hat die Widerstandsbewegung

früh geschärft und den Regulierungsdruck dauerhaft erhöht. Die Starmer-Regierung steht vor einem regulatorischen Trilemma: Sie kann nicht gleichzeitig den proinnovativen Kurs der Vorgängerregierung beibehalten, sich der EU und ihrem KI-Gesetz annähern und die Investitionsbeziehung zu den USA pflegen.

In Deutschland verläuft die KI-Debatte bislang stärker in technokratischen Bahnen. Sie wird zwischen Ministerien, Industrie- und Forschungseinrichtungen geführt, nicht auf der Straße (einen deutschen Ableger von *Pause-AI* mit Gruppen in elf Universitätsstädten gibt es allerdings bereits). Doch auch hier zeigen sich Spannungen. Das Bundesforschungsministerium propagiert „technologische Souveränität“ und „KI Made in Europe“. Es warnt aber zugleich davor, dass technisch undurchführbare Compliance-Anforderungen des KI-Gesetzes der EU de facto Innovationsverbote darstellen könnten.

Die Sorge vor einer regulatorischen Überdehnung koexistiert mit dem Wunsch nach strategischer Autonomie. Diese Spannung ließ sich bislang im institutionellen Rahmen auffangen, könnte aber bei wachsendem öffentlichen Druck explosive Kraft entwickeln. Hinzu kommt eine geopolitische Dimension, die der KI-Debatte in Deutschland eine besondere Schärfe verleiht: Alex Karp's unlängst veröffentlichtes Palantir-Manifest wirft Deutschland und Japan eine „feige und gefährliche“ Weigerung zur Aufrüstung vor. Das ist ein Angriff, der die transatlantische Debatte über KI mit jener über Verteidigungsausgaben verschmilzt.

Asien bietet indes ein Gegenbeispiel: In Singapur vertrauen 81 Prozent der Bevölkerung darauf, dass ihre Regierung KI kompetent reguliert; die Anwendungsrate liegt bei 61 Prozent. KI-Governance ist dort kein populistisches Thema, sondern wird durch technokratischen Konsens gesteuert. Das legt nahe, dass die populistische KI-Achse ein Phänomen von Gesellschaften mit niedrigem institutionellem Vertrauen ist – und damit ein Signal, das europäische und amerikanische Regierungen ernst nehmen sollten.

Die entscheidende Frage lautet deshalb nicht, ob die parteiübergreifende Anti-KI-Koalition politisch wirksam wird – das ist sie bereits –, sondern ob durch kluges Regierungshandeln ihre Ursachen angegangen werden können, bevor sie die technologische Entwicklung insgesamt gefährden. Vier Handlungsfelder zeichnen sich ab.

Das erste ist regulatorische Kooperation jenseits der Parteilinien. Die paradoxe Botschaft der populistischen Konvergenz lautet: Sie beseitigt die parteipolitische Blockade, die Technologieregulierung in den USA bisher verhindert hat. Wenn die populistischen Flügel beider Parteien konvergieren – wie beim GUARD Act zum Schutz von Kindern vor KI-Begleitern, der zwölf überparteiliche Mitzeichner hat, oder beim Hawley-Warner-Gesetzentwurf zur Transparenz von KI-bedingten Arbeitsplatzverlusten –, wird Gesetzgebung trotz Industriewiderstandes möglich. Die Frage ist, ob diese Konvergenz von einzelnen Schutzmaßnahmen zu einer kohärenten KI-Governance ausgeweitet werden kann.

Das zweite Handlungsfeld betrifft die Grenzen industrieller Lobbyarbeit. Die Erfahrung der Handelspolitik zeigt, dass Industrieausgaben mit zunehmender Vertiefung einer populistischen Konver-

genz an Wirksamkeit verlieren. Senator Hawleys ausdrückliche Aufforderung an Republikaner, das Geld der KI-Lobbyisten zurückzuweisen, signalisiert, dass die politischen Kosten der Nähe zu *Big Tech* den finanziellen Nutzen übersteigen können. Regierungen, die Technologiepolitik an Industrieinteressen delegieren, riskieren damit nicht nur schlechte Regulierung, sondern auch Legitimitätsverlust.

Drittens sollte die Politik die Infrastrukturdimension der KI-Debatte nicht unterschätzen. Wenn die ersten wirksamen KI-Regulierungen nicht aus Expertendebatten über algorithmische Risiken hervorgehen, sondern aus lokalen Konflikten um Wasserverbrauch, Energiekosten und Flächennutzung – wie in Maine und Indiana bereits geschehen –, dann entsteht eine genuin amerikanische Form der KI-Governance, die sich von der risikobasierten Klassifizierung des europäischen AI Act grundlegend unterscheidet. Diese Entwicklung ist nicht notwendig schlecht: Sie demokratisiert die KI-Debatte. Aber sie droht wichtige Fragen der algorithmischen Fairness und Sicherheit in den Hintergrund zu drängen.

Viertens muss die Politik die Verteilungsdimension der KI-Revolution ernst nehmen – nicht als rhetorische Konzession, sondern als institutionelle Aufgabe. Der Fall Maine offenbart eine Gerechtigkeitslücke, die bestehende Regulierungsrahmen nicht adressieren: Wenn sich KI-Infrastruktur in den Gemeinden konzentriert, die am wenigsten politischen Widerstand leisten können – deindustrialisierte Städte, die verzweifelt nach Arbeitgebern suchen –, dann wiederholt sich ein Muster aus der Umweltpolitik, in der belastende Infrastruktur systematisch in wirtschaftlich schwachen Gemeinden abwandert. Ein KI-Regulierungsrahmen, der nur algorithmische Fairness und Produktsicherheit adressiert, aber die physischen Verteilungseffekte der KI-Infrastruktur ignoriert, greift zu kurz.

Bei all dem lohnt es sich, die Grenzen der populistischen Konvergenz im Blick zu behalten. Die Geschichte der Handelspolitik liefert auch hier die aufschlussreichste Lektion. Die Konvergenz von Trump und Sanders gegen den Freihandel erzeugte protektionistische Maßnahmen – Strafzölle, den Rückzug aus dem TPP. Aber sie brachte kein kohärentes alternatives Handelsregime hervor. Das ist ein Angriff, der die transatlantische Debatte über KI mit jener über Verteidigungsausgaben verschmilzt.

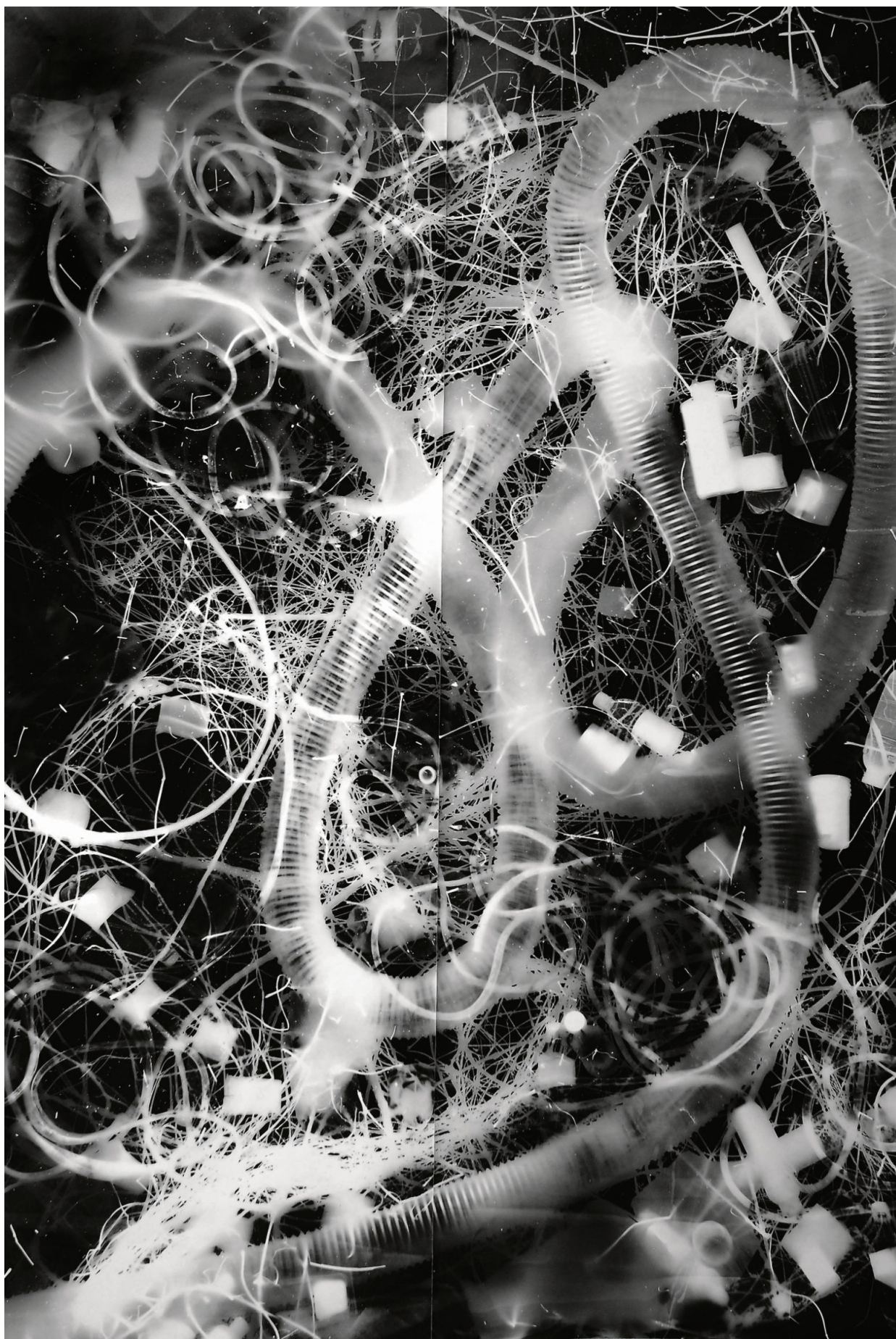
Das ist, paradoxerweise, eine gute Nachricht. Denn es bedeutet, dass die populistische Konvergenz Druck erzeugt, ohne selbst eine Alternative zu diktiert. Die Aufgabe, diesen Druck in produktive Institutionen zu übersetzen, bleibt bei den gewählten Parlamenten, den Regierungen und den internationalen Organisationen – und damit in den Händen jener demokratischen Institutionen, die zu stärken die wichtigste Antwort auf die KI-Revolution wäre.

So mag am Ende der Erkenntnis stehen, dass die politische Herausforderung der Künstlichen Intelligenz nicht primär technischer Natur ist. Es geht nicht um die Frage der Algorithmen, der Rechenleistung oder der Modellarchitektur. Es geht um die alte politische Frage in neuem Gewand: Wer profitiert, wer zahlt und wer entscheidet? Die Farmer in Indiana und die Senatoren in Washington stellen, jeder auf seine Weise, genau diese Frage. Die Antwort wird, auch auf unserer Seite des Atlantik, nicht von der Technologie bestimmt, sondern von den Institutionen, die demokratische Politik zu ihrer Steuerung errichtet.



Der Verfasser hat den Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Politische Ökonomie an der Georg-August-Universität Göttingen inne und arbeitet zum Themenbereich Regulierung von Künstlicher Intelligenz.

Hans Kugelwieser, Ohne Titel, 2013, Photogramm, Baryt auf Leinwand © VG Bild-Kunst, Bonn 2026



das „window of opportunity“ verschoben – selbst gegen milliardenschwere Lobbyarbeit.

Die Technologiebranche hat allein über ihre politischen Aktionskomitees 125 bis 140 Millionen Dollar für die Kongresswahlen 2026 aufgewendet; Meta hat 65 Millionen Dollar in zwei „political action committees“ für Kandidaten auf der Staatsebene investiert, die der KI wohlgesonnen sind. Die Erfahrung der Handelslobby in den Zehnerjahren legt nahe, dass solche Summen die Formierung einer populistischen Gegenkoalition verzögern, aber nicht verhindern können.

Gleichwohl ist die KI-Debatte kein bloßes Recycling des Handelsstreits. Drei Unterschiede stehen hervor. Erstens verfügt die Anti-KI-Bewegung über eine ungewöhnliche Finanzierungsstruktur: Teile ihrer institutionellen Infrastruktur werden von Silicon-Valley-Insidern finanziert, die dem sogenannten effektiven Altruismus nahe stehen – darunter der Facebook-Mitgründer Dustin Moskovitz und eBay-Gründer Pierre Omidyar. Eine Philosophie, die ursprünglich mit langfristigen KI-Risiken und elitären Zirkeln assoziiert war, findet organisatorischen Ausdruck in einer Graswurzelbewegung der Arbeiterklasse. Diese Verbindung von Elitefinanzierung und populistischem Protest hat in der Handelspolitik kein Äquivalent.